

Zwölf Thesen zur Geschichte der SBZ/DDR

Jede Erörterung kommunistischer bzw. stalinistischer Politik in Deutschland – und die Geschichte der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1991 gehört zu den inzwischen bilanzwürdigen Ergebnissen dieser Politik – hat eine unumstößliche Prämisse zu beachten: Es ist erst die von deutscher Seite in entscheidendem Maße zu verantwortende Auslösung des Zweiten Weltkrieges gewesen, die im Verlaufe einer kollektiven Krafterstrebung der internationalen Staatengemeinschaft, namentlich der sog. Anti-Hitler-Koalition, die Voraussetzungen dafür schuf, daß ein anderer Hegemonialanspruch – der des bolschewistischen Rußland bzw. Stalins – in Deutschland derart virulent werden konnte, daß heute daran gegangen werden muß, die Geschichte der daraus entstandenen SED-Diktatur und ihrer Folgen aufzuarbeiten.

I.

Der in der Vorbemerkung genannte Faktor „Sowjetunion“ spielt im Zusammenhang von Entstehen und Entwicklung sowie nicht zuletzt für das Ende der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine ausschlaggebende Rolle, jedoch ist zuvörderst festzuhalten: Die Errichtung einer deutschen demokratischen Republik ist eine deutsche Idee. Der 1949 geschaffene Staat DDR geht in wesentlichen Merkmalen auf Vorstellungen und Prinzipien der KPD aus den 30er Jahren zurück. Nachdem im Jahre 1935 mit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale die bis dahin gültige ultralinke Parteilinie der deutschen Kommunisten aufgegeben worden war, ließen taktische Überlegungen im Rahmen der eingeschlagenen Volks- und Einheitsfrontpolitik die Forderung nach einer großen Sowjetrepublik als unzeitgemäß erscheinen. Ohne das große Ziel eines „Sowjet-Deutschland“ gänzlich aus den Augen zu verlieren, machten Äußerungen führender Funktionäre der KPD seinerzeit deutlich, daß die KPD in der zweiten Hälfte der 30er Jahre für ein Deutschland nach Hitler eine „demokratische Volksrepublik“ (oder „Volksrepublik Deutschland“) favorisierte.

II.

In seiner inhaltlichen Ausgestaltung sollte sich diese „demokratische Volksrepublik“ von der Weimarer Republik deutlich unterscheiden. Dem Weimarer Staat – dessen entscheidendes Manko es nach einem Kommentar Anton Ackermanns war, nicht als „ein fortschrittlich revolutionäres Staatswesen“ entstanden zu sein – wurde vorgeworfen, insbesondere die Zerschlagung des „reaktionären Staatsapparates“ und die Vernichtung „der schlimmsten Reaktion der Monarchisten, Generäle, Junker und Großkapitalisten“ versäumt zu haben. Demzufolge verordnete eine Ausarbeitung der KPD vom Juni 1936 einem neuen deutschen Staat nach Hitler die Auflage, sich vor allem um die – im kommunistischen Verständnis – „feudalen Überreste“ und „kapitalistischen Säulen“ der deutschen Gesellschaft zu kümmern: Für den agrarischen Bereich wurde eine Bodenreform angekündigt, und auch im industriellen Sektor wurden schwerwiegende Eingriffe in Aussicht gestellt. Darüber hinaus war die Rede davon, den Staatsapparat, aber auch Heer und Marine sowie alle öffentlichen Ämter von „volksfeindlichen, faschistischen Elementen“ zu säubern. Bezieht man die bis zur sog. Berner Konferenz der KPD von 1939 gemachten Aussagen der deutschen Kommunisten über ein Volksfrontdeutschland mit ein, dann wurden mit diesem Staat u. a. die folgenden – auch für die spätere DDR relevanten – Merkmale verbunden:

- eine besondere außenpolitische Bindung an die Sowjetunion,
- drastische Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen (u. a. Enteignung „des faschistischen Trustkapitals“ und Durchführung einer „demokratischen Bodenreform“),
- die Schaffung eines verlässlichen Beamten- und Polizeiapparates sowie einer zuverlässigen Armee („Volksarmee“),
- die Schaffung der „einigen Arbeiterklasse“,
- das Fernhalten sog. bürgerlicher Kräfte von den Schaltstellen der politischen Macht („die einige Arbeiterklasse . . . wird das Schicksal des Landes bestimmen“)
und nicht zuletzt
- die Fortsetzung des Kampfes „um den Sozialismus“ („die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel“ gewinnen).

III.

Die Vorstellung von einer solchen deutschen demokratischen Republik ist offenbar auch in dem Moment präsent gewesen, als deutsche Truppen in den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 in die Sowjetunion einfielen.